

Bündnis Sahra Wagenknecht · Wallstraße 61 · 10179 Berlin

An den Vorsitzenden der ARD
Herrn Florian Hager
Hessischer Rundfunk
Bertramstraße 8
60320 Frankfurt am Main

An den Intendanten des ZDF
Herrn Dr. Norbert Himmler
Zweites Deutsches Fernsehen
ZDF-Straße 1
55127 Mainz

Berlin, den 01.06.2026

Ausgrenzung des BSW im Programm von ARD und ZDF beenden!

Sehr geehrter Herr Hager,
sehr geehrter Herr Dr. Himmler,

wir wenden uns an Sie, weil wir feststellen müssen, dass das Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit seit der Bundestagswahl im Programm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks massiv benachteiligt wird. Inzwischen gibt es faktisch keine BSW-Vertreter mehr in den großen politischen Talksendungen von ARD und ZDF. Das Canceln unserer Partei und die damit verbundene Ausgrenzung unserer Millionen Wählerinnen und Wähler stellt eine sträfliche Missachtung des Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dar.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres wurde das BSW nur ein einziges Mal in eine der großen Talkshows von ARD und ZDF – Caren Miosga, Maischberger, Hart aber fair, Maybrit Illner und Markus Lanz – eingeladen. Die Diskriminierung unserer Partei wird nicht zuletzt im Vergleich zur FDP deutlich: Obwohl die Freien Demokraten bei der vergangenen Bundestagswahl mit 4,3 Prozent schlechter als das BSW mit 4,98 Prozent abgeschnitten haben und derzeit ebenfalls nicht im Deutschen Bundestag vertreten sind, waren Vertreter dieser Partei seit Jahresbeginn sieben Mal in den genannten Sendungen zu Gast. Auch andere Parteien werden im Vergleich zu uns sehr viel häufiger eingeladen als ihr Wahlergebnis im Verhältnis zu unserem bei der letzten Bundestagswahl rechtfertigen würde. So waren Unionsvertreter in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 76-mal, SPD-Vertreter 46-mal, Politiker der Grünen 20-mal, der Linken 8-mal und der AfD 8-mal in den großen Talksendungen präsent.

Es fällt auf, dass beispielsweise unser stellvertretender Parteivorsitzender Michael Lüders, ein anerkannter profilierter Nahost-Experte mit hoher Reichweite in den Sozialen Medien, in all den Monaten, in denen der Krieg im Iran und die Krise im Nahen Osten im Zentrum der öffentlichen Debatte standen, nicht ein einziges Mal in eine Ihrer Talkshows eingeladen wurde. Auch Sahra Wagenknecht hat unverändert größere öffentliche Resonanz als viele der eingeladenen Politiker.

Das BSW hat bei der vergangenen Bundestagswahl rund 2,5 Millionen Wählerstimmen erhalten. So stark wie das BSW hat noch nie eine neugegründete Partei bei ihrem ersten Antritt zur Bundestagswahl abgeschnitten. In seiner noch jungen Geschichte ist das BSW in das Europaparlament sowie drei Landesparlamente

eingezogen und beteiligt sich an einer Landesregierung. Zudem hat unsere Partei gute Aussichten, bei den Landtagswahlen im Herbst in weitere Landesparlamente einzuziehen.

Das BSW repräsentiert damit Millionen Wählerinnen und Wähler. Diese Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, dass ihre politischen Positionen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht an den Rand gedrängt bzw. komplett ignoriert werden. Zumal das BSW in zentralen politischen Fragen – Krieg und Frieden, Wirtschafts- und Energiepolitik, soziale Gerechtigkeit, Meinungsfreiheit – Positionen vertritt, die in den Talkformaten ohnehin häufig unterrepräsentiert sind, obwohl sie von einem erheblichen Teil der Bevölkerung geteilt werden.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird von den Bürgerinnen und Bürgern finanziert. Wer systematisch relevante Positionen cancelt und Parteien aufgrund ihrer politischen Ausrichtung diskriminiert, braucht sich nicht zu wundern, dass immer weniger Menschen bereit sind, für ein solches Angebot zu bezahlen. Als beitragsfinanzierter Rundfunk stehen Sie in der Pflicht, auch jene politischen Kräfte angemessen einzubeziehen, die Positionen vertreten, die vom Kurs des politisch-medialen Mainstreams grundsätzlich abweichen.

Wir erwarten, dass ARD und ZDF die bisherige Einladungspraxis überprüfen und sicherstellen, dass Vertreterinnen und Vertreter des BSW künftig entsprechend des Wahlergebnisses unserer Partei bei der letzten Bundestagswahl in den relevanten Informations- und Debattenformaten berücksichtigt werden.

Beenden Sie die Ausgrenzung politischer Positionen und Parteien! Werden Sie Ihrer Verpflichtung zu Ausgewogenheit und Meinungsvielfalt endlich gerecht!

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'F. De Masi'.

Fabio De Masi
(Co-Parteivorsitzender)

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Mohamed Ali'.

Amira Mohamed Ali
(Co-Parteivorsitzende)